

BULLETIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2021



- * 4 Rohstoff - Nornickel *
- * 6 Initiative - Pflegenotstand *
- * 14 Geschichte - Bühle und Etter *
- * 16 Flucht - Keine Perspektive *
- * 22 Ausbildung - Von Frauen für Frauen *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Afghanische Erfahrungen

4 Rohstoff

Nornickel

5 Grünspecht

Machterhalt statt Ideen

6 Initiative

Pflegenotstand

9 Initiative

Mikrosteuer

10 Gleichstellung

Homeoffice als Gefahr

12 Finanzen

Die halbe Welt reicht nicht

14 Geschichte

Bührle und Etter

16 Flucht

Keine Perspektive

20 Politik

Potthof gegen Kampfjets

21 Kultur

Kunst und Philosophie

22 Ausbildung

Von Frauen für Frauen

25 Gestreift

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

**Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»**

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Die Stadt Norilsk und das Werk des Rohstoffkonzerns Nornickel. Die Stadt Norilsk gehört zu den am meisten verschmutzten Orten der Welt. Im Frühling 2020 ereignete sich eine der grössten Umweltkatastrophen in der Arktis: Aus einem alten Tank einer Tochterfirma des russischen Rohstoffkonzerns Nornickel flossen zehntausende Tonnen Dieselöl in die umliegende Natur. Nornickel handelt seine Rohstoffe über die Zuger Tochterfirma Metal Trade Overseas.

Originalbild von Ninaras, Helsinki, Finnland, Lizenz durch Wikimedia Commons

Afghanische Erfahrungen

Josef Lang



Am 29. Oktober 2006 reiste ich mit einer Gruppe der ETH Zürich in einem Konvoi von Kabul ins nördliche Mazar-e-Sharif. Kurz vor dem Salang-Tunnel kamen uns Militärlastwagen entgegen. Später erfuhren wir, dass sie Taliban, die ein paar Stunden zuvor in einem nächtlichen Gefecht gefangen genommen worden waren, ins Bagram-Lager transportierten. Bereits fünf Jahre nach ihrer Entmachtung operierten die Taliban in einem Gebiet, das ihre härteste Feindin, die Nordallianz, kontrollierte und dessen Mehrheit Tadschiken sind. Die Taliban waren daran, ihre Beschränkung auf die paschtunische Ethnie zu überwinden, ab 2014 hatten sie sich auch im tadschikischen und usbekischen Norden Afghanistans festgesetzt.

Es ist die militärische Intervention, die im Oktober 2001 begann und ab 2002 ausgebaut wurde, die es den Taliban nach ihrem Rückzug Ende 2001 ermöglichte, aus einer ethnischen zu einer natio-

nen Bewegung zu werden. Heute sind sie stärker denn je. Ein kürzlich erschienener NZZ-Artikel mit der Titelfrage: «Wie konnte der Staat innert Tagen kollabieren?» erklärt dies unter anderem mit einem Zitat des US-Generals Stanley A. McChrystal aus dem Jahre 2009: «Wir haben eine unglaubliche Anzahl Menschen erschossen, aber soviel ich weiss, stellte sich keiner von ihnen als Bedrohung heraus.» Die Nato hat das Mehrfache an Zivilpersonen umgebracht, als sie selber an Soldaten verloren hat: 2445 Angehörige der US-

Army und 1144 aus anderen Nato-Armeen. Dazu kommen 3846 getötete Söldner.

Diese Erfahrung mit den fremden Truppen wurde verstärkt durch eine unheimliche Korruption. Der massive Geldfluss führte dazu, dass grosse Teile der Verwaltung und der Armee in die Hände der organisierten Kriminalität fielen. Dazu kommt, dass Afghanistan noch für jeden Invasor zum Grab wurde. Allerdings schufen die Interventionen viel mehr Gräber für die AfghanInnen selber. Von den 240000 Toten der letzten zwei Jahrzehnte sind 230000 Einheimische, davon fast 50000 Zivilpersonen.

Am 4. September 2009 bombardierte die US-Luftwaffe aufgrund einer deutschen Anfrage einen in der Nähe von Kunduz im Sand steckengebliebenen Tanklastwagen. 140 Menschen, darunter auch Kinder, verloren ihr Leben; sie waren beim Benzinabzapfen überrascht worden. Beinahe hätte

es für die Schweiz geheissen: «mitgegangen – mitgehangen». Verschiedene Kräfte aus dem Bundesrat, der Armee, den Bundesratsparteien und Medien strebten 2005 bis 2007 die Entsendung eines Detachements zur Unterstützung der Nato an. Und zwar nach Kunduz, dem nordafghanischen Standort der Bundeswehr. Im Namen der friedenspolitischen Linken bekämpfte ich im Nationalrat diesen Unsinn. Die Reise nach Afghanistan war Teil dieses Engagements. Albert A. Stahel, Oberstleutnant, Strategieprofessor und Kenner Afghanistans, war im Frühsommer 2006 an mich gelangt mit der Aussage: «Wenn Sie die Mehrheit der Linken gewinnen wollen gegen einen Militär-Einsatz in Afghanistan, müssen Sie mit mir das Land besuchen.» Ende 2007 kapitulierte der Bundesrat, bevor er ans Parlament gelangt war. Wikileaks-Enthüllungen im Jahre 2010 zeigten, wie entsetzt US-Generale und NATO-nahe Schweizer Diplomaten darüber waren, dass die Landesregierung «dem Druck von rechts und links nachgegeben» hatte. Unter anderem erwähnen sie zwei Motionen, eine der SVP und eine der Grünen, die wir mit der GSoA ausgearbeitet hatten.

Was hat das Ganze mit der ETH zu tun? Die 1855 gegründete Bildungsstätte hatte zu ihrem 150. Geburtstag beschlossen, der Universität in Bamiyan, der Stadt der zerstörten Buddha-Statuen, ein House of Science zu schenken. Am 31. Oktober 2009 weihten wir es mit den Behörden feierlich ein. Unser Motto lautete: Solidarität statt Soldaten! Möge es nach all den Katastrophen, die der Militär-Interventionismus angerichtet hat, zur offiziellen Doktrin werden! Nur sie ist mit Humanität und Neutralität vereinbar. ■

Nornickel

Lea Künzli und Tabea Willi, GfbV Kampagnenteam

4 Im Frühling 2020 ereignete sich eine der grössten Umweltkatastrophen in der Arktis: Aus einem alten Tank einer Tochterfirma des russischen Rohstoffkonzerns Nornickel flossen 21'000 Tonnen Dieselöl in die umliegende Natur. Die Verschmutzung hat schwerwiegende Auswirkungen auf die dort lebenden indigenen Gemeinschaften. Drei Vertreter von betroffenen indigenen Gemeinschaften besuchten Ende Mai dieses Jahres auf Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Schweiz. Dabei machten sie auch in der Stadt Zug Halt, weil hier eine Tochterfirma des Unternehmens sitzt.

Die Dieselkatastrophe ist nur der Höhepunkt einer Reihe von Verschmutzungen durch den Rohstoffkonzern Nornickel. Die Gegend um die Stadt Norilsk auf der Taimyr Halbinsel in der russischen Arktis wird zunehmend von Industrieabfällen und -abgasen vergiftet. «Wir können unser Fleisch

die nicht zuletzt auch für Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien benötigt werden. Dabei kommen die Ansprüche der indigenen Gemeinschaften auf ihr angestammtes Land, auf Selbstbestimmung und auf Mitsprache oft zu kurz. So weigerte sich auch Nornickel, alle Betroffenen in



Gefordert in Zug: Selbstbestimmung und Mitsprache für indigene Völker der Arktis. Foto Patrick Hürlimann/GfbV

und unseren Fisch nicht mehr verkaufen», sagt Gennady Schtschukin, einer der Delegierten und Oberhaupt einer lokalen indigenen Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist mit einer ersthaften Nahrungsmittelknappheit konfrontiert und ihr traditioneller Lebensstil ist akut gefährdet.

Run auf die Ressourcen

Viele indigene Gemeinschaften in der Arktis sind zunehmend von der Industrialisierung ihrer Gebiete betroffen. Staaten und Konzerne versprechen sich Zugang zu bisher unangestasteten natürlichen Ressourcen,

die Verhandlungen über Entschädigungszahlungen, Lebensmittelhilfen, Umweltschutz und Massnahmen zur Behebung der Verschmutzungen miteinzubeziehen.

Besuch in Zug

Da ihre Anliegen in Russland bisher nicht ernstgenommen wurden, reisten drei indigene Vertreter in die Schweiz, um das Gespräch mit involvierten Schweizer Banken und der Tochterfirma von Nornickel zu suchen. «Wir sind nicht gegen wirtschaftliche Entwicklung. Aber wir wünschen uns einen ebenbürtigen Dialog, der auf

Respekt und Anerkennung der Rechte von Indigenen basiert», erklärt Rodion Sulyandziga aus der Delegation. «Wir hoffen, dass wir in der Schweiz besser gehört werden und sich dadurch die Situation der Indigenen in Russland endlich verbessert».

Vom Besuch in Zug erhofften sich die drei Delegierten und die GfbV indirekten Zugang zur Firmenzentrale in Moskau, denn Nornickel handelt seine Rohstoffe über die Zuger Tochterfirma Metal Trade Overseas. Doch auch nach vorgängiger Kontaktaufnahme liessen die Mitarbeiter*innen der Firma die Indigenen-Delegation vor verschlossener Türe stehen. In Form einer überdimensionierten Postkarte hinterliessen die drei Aktivisten trotzdem ihre Forderungen an die Firma: Metal Trade Overseas soll ihren Einfluss als Tochterunternehmen nutzen, um die Ansprüche der Indigenen auf Mitsprache, Umweltschutz und Entschädigung gegenüber Nornickel einzufordern.

Am gleichen Tag wurde die Indigenen-Delegation, diesmal sehr gastfreundlich, bei der Alternative – die Grünen Zug empfangen. Gennady Schtschukin von der Taimyr Halbinsel und Andrei Danilov von der Kola Halbinsel berichteten eindrücklich wie beschwerlich und zum Teil gefährlich sich ihr Einsatz für eine saubere Umwelt und mehr Mitbestimmung für die Indigenen gestaltet.

Nornickel nun Gesprächsbereit

Der Besuch in der Schweiz brachte bereits ein kleines Ergebnis hervor: Nornickel zeigt sich bereit, auch die bisher ausgeschlossenen indigenen Vertreter*innen anzuhören. Die Zukunft wird zeigen, ob das Unternehmen sich auf einen Dialog auf Augenhöhe einlassen wird. Die GfbV wird den Fall weiterhin eng begleiten.

Weitere Informationen unter:

www.gfbv.ch/de/kampagnen/arktis/

Machterhalt statt Ideen

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Parteiprogramme sind eine Fundgrube für den Grünspecht, meist sind sie schön verpackt und es ist für alle etwas drin. Oftmals sind sie auch voller Allgemeinplätze. Anders die Leserbriefe, darin ist oft das wahre Gesicht zu sehen.

Der Grünspecht musste googeln – die Mittwochsgesellschaft Zug war ihm bis anhin kein Begriff. Aber als er den Leserbrief ihres Präsidenten Arno Grüter am 10. Juli (Zuger Zeitung) zu Gesicht bekam, da packte ihn die Neugier. Da schreibt der Präsident von einer «durch linke Kreise bewirtschafteten Empörungs- und Moralisierungskultur». Und jetzt kommt es – in dieser Kultur werde «wahlweise die Öko-, Gender- und Rassismuskeule geschwungen». Die Sorge um die Umwelt, Fragen der Gleichberechtigung oder der latente Rassismus sind aus der Sicht dieser Mittwochsgesellschaft Themen, die man der Lächerlichkeit preisgeben kann. Die Mittwochsgesellschaft versteht sich gemäss Homepage als «Kristallisationspunkt der Freisinnigen Liberalen im Kanton Zug». Quasi der lokale Ideengeber dafür, was die FDP in diesem Kanton zu sein hat.

Rassismus ist allgegenwärtig

Man muss nicht bis in die USA blicken, die Fussball-Europameisterschaft hat gezeigt, dass Rassismus auch in Europa zum Alltag gehört. Wegen ihrer nicht erfolgreich umgesetzten Elfmeter im Finalspiel wurden die englischen Fussballer Saka, Rashford und Sancho auf übelste Weise rassistisch beleidigt. Oder ein deutscher Radfunktionär feuerte seinen Athleten mit den Worten «Hol die Kameltreiber ein!» an. Wer denkt, Rassismus sei ein Problem des Auslands mit kolonialer Vergangenheit, irrt sich gewaltig. Oder ist die rassistische Entgleisung von Fussball-Fans nicht auch ein Thema auf Schweizer Fussballplätzen, wie der jüngste Vorfall in St. Gallen gezeigt hat? Wer Rassismus verharmlost, handelt gegen liberale Grundsätze. Ein Lieblingsthema der rechten Par-

teien und Strömungen sind Genderthemen, Fragen der Gleichstellung der Geschlechter. Diese Gleichstellung beginnt bei der Sprache, führt über die politische Gleichberechtigung – das Frauenstimmrecht wurde hierzulande erst vor 50 Jahren eingeführt – bis hin zur Gleichberechtigung in der Wirtschaft. Wer Gleichberechtigung lächerlich macht, handelt gegen liberale Grundsätze.

Adieu wirksame Klimapolitik

Die grösste Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist die rasante Klimaerwärmung. Alle namhaften Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen warnen eindringlich vor den Folgen der Klimaerwärmung; sie sind sich einig, dass das Verhalten des Menschen, seine derzeitige Art des Wirtschaftens und Lebens, wesentlich für die Erwärmung verantwortlich ist. Wer die Sorgen vieler Menschen wegen der drohenden Klima- und Umweltkatastrophe ins Lächerliche zieht, handelt gegen liberale Grundsätze.

Da passt das Profil der zukünftigen Führungscrew der FDP Schweiz bestens ins Bild. «Die Strassen-Lobby setzt sich bei der FDP ans Steuer», titelte unlängst der Tages-Anzeiger (20. August). Der designierte Parteipräsident Thierry Burkhart will weiterhin dem Lastwagenverband Astag vorstehen; schliesslich ist der Job dort mit gegen 100 000 Franken gut dotiert. Und Jungstar Andri Silberschmidt, der bis jetzt vor allem durch Vorschläge zur Rentenkürzung aufgefallen ist, arbeitet zu 50 Prozent für ein grosses Lastwagenunternehmen.

Zweiter Bundesratssitz

Die FDP, die Gründerpartei der modernen Schweiz, dominierte den Bundesrat über Jahrzehnte. Seit der



Zauberformel von 1959, verfügt die Partei noch über zwei Sitze im Bundesrat. Sie ist seit den Wahlen 2019 massiv übervertreten. Mit einem Wähleranteil von 15,1 Prozent reicht es rechnerisch noch für einen Bundesratssitz. Die neue FDP-Spitze hat darum nur ein Ziel, das die Zuger Zeitung (14. August) mit dem Titel «Operation Machterhalt» zusammenfasste. Oder wie es der Präsident der Zuger Mittwochsgesellschaft formulierte: «Wesentliches Ziel muss sein, dass die heutige Sitzverteilung im Bundesrat verteidigt wird.» Machterhalt statt Ideen für die Zukunft – wahrlich die Götterdämmerung einer liberalen Partei.

In einem Hintergrundartikel bringt es die Wochen-Zeitung (12. August) auf den Punkt: «Das grösste Problem des Freisinns zurzeit: Es gelingt ihm kaum noch, eine liberale Kernbotschaft zu formulieren.» In Marketingdeutsch: Wer im politischen Wettbewerb auf Wählende hofft, braucht ein Alleinstellungsmerkmal, ein herausragendes Leistungsmerkmal, das einen veritablen Kundenvorteil darstellt. Mit Floskeln und Rundumschlägen lassen sich die Kunden, also die Wählenden, im 21. Jahrhundert mit seinen globalen Krisen aber nicht überzeugen. ■

Pflegenotstand

Redaktion BULLETIN

6 Die Redaktion BULLETIN sprach mit Miriam Rittmann, Präsidentin Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) Sektion Zentralschweiz, und Manuela Weichelt, Zuger ALG Nationalrätin, über die Pflegeinitiative. Die Bedeutung der Pflege ist nicht erst seit der nationalen und globalen Gesundheitskrise während der Covid-Pandemie gestiegen. Der Pflegenotstand ist längst Realität.

In der Schweiz leiden immer mehr Menschen an chronischen Krankheiten und der Pflegebedarf nimmt dementsprechend in unserer Bevöl-

ren verlassen. Heute sind mehr als 10 000 Pflegestellen unbesetzt. Ein Teufelskreis, der mit Applaus allein nicht unterbrochen werden kann.



«Oft habe ich gemahnt, dass die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen zur Sicherung des Lebensunterhalts eine zentrale Massnahme ist, um genügend diplomiertes Pflegefachpersonal ausbilden zu können»

kerung zu. Dem gegenüber steht, dass die Schweiz heute kaum die Hälfte des benötigten diplomierten Pflegefachpersonals selbst ausbildet. Wir benötigen aber bis in das Jahr 2030 65 000 zusätzliche Pflegekräfte. Nur dank einer zunehmenden Anzahl Pflegenden aus dem Ausland kann die Versorgung in der Schweiz gewährleistet werden. Weiter verschärft wird der Fachkräftemangel dadurch, dass zu viele Pflegenden den Beruf erschöpft nach wenigen Jah-

Pflegepersonal-Import

Ohne Grenzgänger*innen könnten wir unsere Spitäler in den Kantonen Genf, Tessin und Basel-Stadt schliessen. Wir importieren ausländisches Pflegepersonal, weil wir heute weniger als die Hälfte der benötigten Pflegefachpersonen ausbilden. Aktuell kommt über ein Drittel des Pflegepersonals aus dem Ausland. In der Schweiz waren im Frühling 2020 über 12 500 Pflege-Jobs und 6670 Stellen von diplomierten

Pflegefachpersonen vakant. Die tiefen Löhne von Pflegefachpersonen in den Spitälern und Heimen, welche eine direkte Folge der Ökonomisierung im Gesundheitswesen sind, tragen dazu bei, dass der Beruf immer unattraktiver wird. Die meisten Stellenpläne in den Spitälern und Pflegeeinrichtungen sind nicht so ausgestattet, dass genügend diplomiertes Fachpersonal pro Patient*in vorhanden ist. Fehlen diese höher qualifizierten Fachkräfte, werden dringende Entscheidungen und Konflikte von weniger erfahrenen Pfleger*innen übernommen und das führt oft zu Überforderung und Stress. Das veranlasst viele den Beruf aufzugeben.

Im Pflegealltag ist es üblich, dass bei Schichtwechsel ein kranker Kollege oder eine kranke Kollegin vertreten werden muss. Die Patientinnen und Patienten können nicht einfach allein gelassen werden. Bis vor kurzem war es auch üblich, dass die Umkleidezeit des Pflegepersonals nicht zur Arbeitszeit gehörte. Damit wurde zusätzlich die Erholungszeit für die Pflegenden reduziert.

Schon lange machen der Berufsverband und die Gewerkschaften auf den dringenden Handlungsbedarf bei der Ausbildung sowie den Arbeitsbedingungen aufmerksam. Es gibt Berufsgruppen, wie beispielsweise die Polizei, in denen durch die staatliche Unterstützung ein Wiedereinstieg oder eine Umschulung sehr interessant ist. Ein Polizist als Wiedereinsteiger verdient zum Beispiel in Bern mit 50 Jahren bereits im ersten Ausbildungsjahr rund 5400 Franken und im zweiten Ausbildungsjahr rund 7000 Franken. Im Vergleich dazu beträgt der Lohn einer Fachangestellten Gesundheit, welche die Ausbildung zur Dipl. Fachpflegefrau HF macht, gemäss Lohnempfehlungen der Organisation der Arbeitswelt Gesundheit Zürich, im ersten Ausbildungsjahr 2200 Franken, im zweiten Ausbil-

dungsjahr 2600 Franken und im dritten Ausbildungsjahr 3000 Franken. Für Studierende an der Fachhochschule beträgt der Lohn während der Pflegeausbildung auch für die Wiedereinsteiger*innen zwischen 1000 und 1500 Franken, je nach Kanton. Auch die Pflege ist auf Frauen und Männer angewiesen, welche den Beruf als Zweitberuf wählen, nicht nur die Polizei. Für diese Umsteiger*innen ist die Ungleichbehandlung mit anderen Berufen, wie der Polizei, nicht nachvollziehbar und stossend.

Scheitern mit politischen Instrumenten

Versuche mit anderen politischen Instrumenten und die Forderung an die Politik für gute Finanzierungsmodelle für die Pflege sind gescheitert. Schiffbruch erlitten hat beispielsweise die Parlamentarische Initiative Joder. Sie wollte den eigenverantwortlichen Bereich der Pflege. Fünf Jahre Lobbying haben nichts bewegt und letztlich ist sie an der Frage der Aufhebung des Vertragszwanges gescheitert. Am 27. April 2016 ist der Nationalrat nicht darauf eingetreten. Oder das Postulat mit dem Titel «Mehr Attraktivität für die Diplombildung Pflege» von Bea Heim, in dem sie Massnahmen forderte, um die Ausbildungsabschlüsse und die Berufsverweildauer zu erhöhen. Der Bundesrat hat die Ablehnung des Postulats empfohlen und der Nationalrat folgte diesem am 28. Februar 2018.

Schweiz im Lohnvergleich

Vergleicht man den durchschnittlichen Lohn der Pflegefachkräfte mit dem Durchschnittslohn im jeweiligen Land, dann liegt nicht etwa die Schweiz an der Spitze. Nein, es sind Chile, Mexico, Luxemburg und Israel. In diesen Ländern erhalten die Pflegenden 50 bis 80 Prozent mehr als den nationalen Durchschnittslohn. Auch in Spanien oder den Nie-

derlanden erhalten die Pflegefachkräfte immer noch das 1,3-fache des Durchschnittslohns. Die Schweiz liegt in der Statistik ganz hinten auf dem drittletzten Platz.

Die von Michael Simon veröffentlichte Studie «Unterbesetzung und Personalmehrbedarf im Pflegedienst der allgemeinen Krankenhäuser – Eine Schätzung auf Grundlage verfügbarer Daten» zeigt auf, wie diese Mechanismen in der Pflege funktionieren und wo wir Fehlanreize gesetzt haben.

Weder Parlament noch Bundesrat haben seither wirksame Massnahmen gegen den wachsenden Pflege-notstand ergriffen. Auch arbeitgeberseitig haben sich mit dem zunehmenden Druck der Effizienzsteigerung die Bedingungen der Pflegenden noch weiter zugespitzt.

Vor diesem Hintergrund hat der Berufsverband SBK das Mittel der Volksinitiative ergriffen. «Die Ge-

schwindigkeit, mit der die nötigen Unterschriften für die Initiative «Für eine starke Pflege» innert Kürze mit Hilfe vieler engagierter Pflegenden zusammengekommen sind, zeigt, dass die Bevölkerung daran interessiert ist, von wem und in welcher Qualität sie auch in Zukunft gepflegt wird», erklärt Miriam Rittmann.

Gegenvorschlag ungenügend

Nach vielen Anhörungen in den Sozial- und Gesundheitskommissionen auf nationaler Ebene ist der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments ungenügend, er fokussiert sich lediglich auf die Ausbildung. Es fehlen Massnahmen, die die Pflegequalität sichern und die Berufsverweildauer erhöhen. Die Pflegeinitiative will, dass dank guter Arbeitsbedingungen die Pflegenden länger im Beruf bleiben und die Qualität durch eine ausreichende Personaldotation gesichert werden kann.

Die Pflegeinitiative- Initiativtext

Art. 117c Pflege

¹ Bund und Kantone anerkennen und fördern die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung und sorgen für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität.

² Sie stellen sicher, dass eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen für den zunehmenden Bedarf zur Verfügung steht und dass die in der Pflege tätigen Personen entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Kompetenzen eingesetzt werden.

Ausführungsbestimmungen

Art. 197 Ziff. 123

¹ Der Bund erlässt im Rahmen seiner Zuständigkeiten Ausführungsbestimmungen über:

- a) die Festlegung der Pflegeleistungen, die von Pflegefachpersonen zu leisten der Sozialversicherungen erbracht werden:
 1. in eigener Verantwortung,
 2. auf ärztliche Anordnung;
- b) die angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen;
- c) anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen für die in der Pflege tätigen Personen;
- d) Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung von den in der Pflege tätigen Personen.

Die Bundesversammlung verabschiedet die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen innert vier Jahren seit Annahme von Artikel 117c durch Volk und Stände. Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Ausführungsbestimmungen trifft der Bundesrat innerhalb von achtzehn Monaten nach Annahme von Artikel 117c durch Volk und Stände wirksame Massnahmen zur Behebung des Mangels an diplomierten Pflegefachpersonen.



Held*innen unter Maximalbelastung: im Schnitt bleibt das Pflegepersonal nur 5 Jahre im Beruf.

Die Forderungen der Pflegeinitiative:

1. Pflegebedarf beseitigen durch mehr Ausbildung und bessere Rahmenbedingungen

Der Pflegebedarf in der Bevölkerung steigt durch die Zunahme der chronischen Erkrankungen und dem demographischen Wandel, so dass es mehr Pflegepersonal braucht. Neben einer massiven Ausbildungsoffensive müssen zusätzlich die Arbeitsbedingungen für die bereits im Beruf stehenden Pflegenden verbessert werden. Nur so verpuffen die Investitionen in die Ausbildung nicht durch den zu frühen Berufsausstieg. Anreize, wie ein positives Berufs-Image und gute Ausbildungslöhne, sind wesentliche Faktoren bei der Berufswahl.

2. Berufsausstiege verhindern durch Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen

Die Fachkompetenz muss anerkannt werden, und es muss dafür gesorgt werden, dass genügend Pflegendende

für die zu pflegenden Menschen vor Ort sind. Zeitmangel führt erwiesenermassen zu Unzufriedenheit und zu mehr Fehlern in der Pflege, welche wiederum zur Verlängerung der Pflegedauer beitragen und somit die Kosten steigern. Weitere Aspekte der Arbeitszufriedenheit sind planbare Dienstzeiten mit frühzeitiger Bekanntgabe der Einsatzpläne für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Beruf und der Lohn. Die Anerkennung der Kompetenz drückt sich auch in der Forderung aus, dass festgelegt wird, welche der Pflegeleistungen von Pflegefachpersonen in eigener Verantwortung zulasten der Sozialversicherungen erbracht werden dürfen.

3. Pflegequalität sichern durch genügend und korrekt eingesetztes Pflegepersonal

Um die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten, braucht es gut ausgebildetes Pflegefachpersonal mit der entsprechenden Qualifikation am richtigen Einsatzort. Dafür muss sichergestellt werden, dass überall dort, wo Pflege erbracht wird, in Kliniken, Spitälern, Pflegezentren und im ambulanten Bereich, die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden und die Abgeltung von Pflegeleistungen angemessen ist.

Die Stärkung der Pflege auf den verschiedenen Ebenen zahlt sich aus. Genügend diplomiertes Pflegefachpersonal verringert Komplikationen und das Sterberisiko. Der Zusammenhang zwischen Personalbestand und gefährlichen Zwischenfällen bei Patienten und Patientinnen ist wissenschaftlich erwiesen. Es werden unnötige Kosten durch verlängerte Spitalaufenthalte oder erneute Spitalerträge vermieden. ■

Ein Ja zur Pflegeinitiative ist ein Ja

- zu hoher Pflegequalität für den Tag, an dem man selber auf Pflege angewiesen ist
- zu besserer Lebensqualität und Würde für Menschen, die auf Pflege angewiesen sind
- zu weniger Abhängigkeit von ausländischem Pflegepersonal
- zur Sicherung der Grundversorgung durch Pflegedienstleistungen
- zu attraktiveren Arbeitsbedingungen und Berufsaussichten für die Zukunft

Walk of care in Luzern:

23. September 2021

27. Oktober 2021

18. November 2021

jeweils um 17 Uhr beim Mühleplatz

Abstimmungskundgebung in Bern:

30. Oktober 2021

Details sind noch nicht bekannt

Abstimmungstag:

28. November 2021

Mikrosteuer

Hansruedi Küttel

Das aktuelle Steuersystem ist unübersichtlich und kompliziert. Im BULLETIN 01 / 2018 schrieben wir bereits einmal über die Mikrosteuer, inzwischen ist die Initiative lanciert und die Sammelfrist läuft noch bis 5.11.2021.

Steuern (Gemeinde-, Kantons-, Bundessteuer, Mehrwertsteuer, Stempelsteuer usw.) sind Abgaben an den Staat, damit dieser die finanziellen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält. Andere Abgaben an den Staat sind Lenkungsabgaben oder Gebühren, die nicht primär dazu geschaffen wurden, dem Staat allgemein Mittel in die Hand zu geben, sondern ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen (Alkoholsteuer, Motorfahrzeugsteuer, Benzinzollzuschlag etc.). So ist über die Jahre ein unübersichtlicher Flickenteppich von Steuern entstanden, an dem weiter geflickt wird, wobei von den Besteuerten Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten gesucht und genutzt werden. Veränderungen in Wirtschaft, Kommunikation und Technologie können in den aktuellen Steuersystemen nicht mehr abgebildet werden.

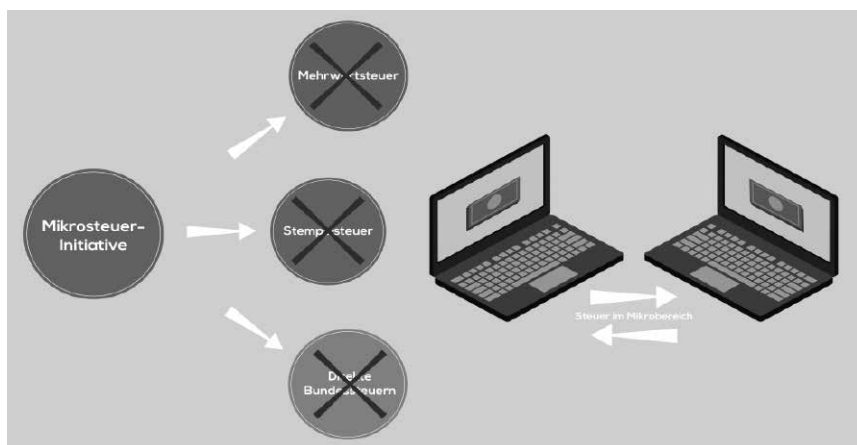
Transparenz im Zahlungsverkehr

Die Mikrosteuer bringt ein neues, ein anderes Steuersystem. Sie bringt Transparenz in den Zahlungsverkehr und hilft, das Ausufer des Finanzsystems zu verhindern. Sie knüpft an das zentrale Nervensystem der Real- und der Finanzwirtschaft an, den Zahlungsverkehr. Die Steuer auf dem Zahlungsverkehr – mit einem einzigen Steuersatz – ist für jedermann sofort verständlich. Sie hat keine komplizierten Steuertarife, erlaubt keine Ausnahmen. Die Besteuerung erfolgt bei jeder Transaktion. Wer Geld verschiebt zahlt die Steuer.

Sicherheit im Zahlungsverkehr

Der Zahlungsverkehr ist ein öffentliches Gut. Wenn er nicht mehr funktioniert, ist in der ganzen Volkswirtschaft «Feuer unter dem Dach». Eng verbunden mit dem elektronischen Zahlungsverkehr ist die Cybersicher-

heit, ein weiteres öffentliches Gut. Ist diese nicht gewährleistet, brennt es lichterloh. Die Überwachung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch die Nationalbank ist deshalb aus Sicht des Staates, der Wirtschaft und der Bevölkerung enorm wichtig. Dem öffentlichen Gut Zahlungsverkehr hat der Staat Sorge zu tragen. Die Nationalbank hat die gesetzliche Aufgabe,



Drei bisherige Steuersysteme werden ersetzt durch das System der Mikrosteuer.

bargeldlose Zahlungssysteme zu erleichtern und zu sichern. Damit übernimmt sie die Garantiefunktion für den Zahlungsverkehr, so wie sie die Garantiefunktion für Banknoten ausübt.

Steuersystem vereinfachen

Die Einführung der Mikrosteuer erlaubt die Abschaffung von drei verstaubten, ungerechten und komplizierten Steuern, nämlich Bundes-, Mehrwert- und Stempelsteuer. Die kantonalen Steuern sind von der Verfassungsinitiative nicht betroffen, der Föderalismus bleibt.

Die Mikrosteuer ist politisch nicht links und nicht rechts. Sie ist sozial, weil sie das Geld und nicht die Arbeit besteuert. Nicht mehr Menschen oder

juristische Gebilde werden besteuert, sondern die Bewegung des Geldes. Der fragwürdige Hochfrequenzhandel sowie auch der Devisenhandel werden der Mikrosteuer ebenso unterliegen wie alle anderen Zahlungen. Die Mikrosteuer wird den Staatsapparat nicht aufblähen, sondern Bürokratie abbauen, denn sie ist viel einfacher konzipiert als die bisherige Bundessteuer oder gar die Mehrwertsteuer.

Der Steuersatz der Mikrosteuer ist anpassungsfähig. Sind die gesamten Volumina des schweizerischen Zahlungsverkehrs inklusive Giroüberträge nach seriöser Abklärung dem eidgen-

nössischen Parlament bekannt, kann der jährliche Mikrosteuersatz zwischen 0,05 Promille und 5 Promille festgelegt werden.

Im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen beträgt der Steuersatz 0,05 Promille. In der Folge wird der Steuersatz so angepasst, dass die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer und die Stempelsteuer so bald wie möglich aufgehoben werden können. ■

Detailinformationen:

Weitere Informationen, sowie Initiativtext und Unterschriftenbogen, unter [Mikrosteuer.ch](https://www.mikrosteuer.ch)

Homeoffice als Gefahr

Valérie Borioli Sandoz, Leiterin Gleichstellungspolitik Travail.Suisse

10

Die Beschränkungen, die der Arbeitswelt infolge der COVID-19-Pandemie auferlegt wurden, haben die Digitalisierung grosser Teile der Wirtschaft und der Arbeitswelt massiv beschleunigt. Ein Drittel der Arbeitnehmenden in der Schweiz konnte im Homeoffice arbeiten. Homeoffice wird häufig als Lösung für sämtliche Probleme im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben angesehen, insbesondere für Frauen. Sind bestimmte Rahmenbedingungen aber nicht gegeben, kann Homeoffice ein ernstes Gesundheitsrisiko darstellen.

Was vor der COVID-19-Pandemie als undenkbar galt, wurde von einem Tag auf den anderen möglich. Viele Berufe konnten von zuhause aus ausgeübt werden, sofern ein Computer und eine gute Internetverbindung vorhanden waren.

Das Homeoffice wurde teilweise als Wundermittel für alle Probleme dargestellt. Aber ist es das wirklich? Bei

arbeit erfordern oder bei denen zwischenmenschliche Beziehungen oder Empathie im Fokus stehen, können aus der Ferne nicht optimal ausgeübt werden. Und diese Kompetenzen sind in vielen von Frauen ausgeübten Berufen an der Tagesordnung.

Homeoffice wird häufig als die Lösung für die Vereinbarkeit von Privat-, Familien- und Berufsleben ange-

Hausarbeit investiert werden. Dadurch wird der Eindruck vermittelt, Arbeit und Privatleben liessen sich so besser vereinbaren.

Auch wenn die Symptome teilweise verschwunden sind, bleibt das Hauptproblem bestehen: Vor der Pandemie verzeichnete die Schweiz (zusammen mit Island) im europäischen Ländervergleich mit 42,5 Stunden die höchste tatsächliche Arbeitszeit pro Woche bei den Vollzeitarbeitnehmenden. Bei Heimarbeit besteht gar das Risiko, dass sich die Situation verschlimmert: Ohne Arbeitszeiterfassung liegt die Arbeitsdauer oft über der vereinbarten Arbeitszeit – und zwar im Schnitt um 3,9 Stunden pro Woche. Die Arbeitszeiterfassung erlaubt es nicht nur, diese Überzeit zu beschränken, sondern führt auch zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zu weniger Stress.

Einige Personen geben an, mehr als 55 Stunden pro Woche zu arbeiten – in dieser Personengruppe erfasst ein grosser Anteil die Arbeitszeit nicht. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 55 Stunden oder mehr, nehmen – im Vergleich zu Arbeitszeiten von 35 bis 40 Stunden pro Woche – das Schlaganfallrisiko um 35 Prozent und das Risiko, an einer koronaren Herzkrankheit zu sterben, um 17 Prozent zu, dies hat eine Studie der WHO gezeigt.

Ein Glücksfall für die Arbeitgeber

Für die Arbeitgebenden stellt die Heimarbeit oft einen echten Segen dar. Eine Studie, die bei einem chinesischen Reisebüro mit rund 1 000 Angestellten durchgeführt wurde, kam zum Schluss, dass Produktivität und Leistung signifikant stiegen, ebenso die persönliche Zufriedenheit der Arbeitnehmenden. Die Fluktuationsrate beim Personal nimmt ab, gleiches gilt für die Kosten für Räumlichkeiten und Material, sollte sich die Heimarbeit dauerhaft einbürgern. Dies gilt aber nur, sofern die Arbeit im Ho-



Das Arbeitsgesetz hinkt der Realität nach. Bild Vinzent Weinbeer

der Antwort gilt es, zu nuancieren. Auch wenn in der Schweiz die grosse Mehrheit der Stellen und Unternehmen im Dienstleistungssektor angesiedelt ist – dies gilt insbesondere für die Frauen – konnte 2020 nur ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung im Homeoffice arbeiten. Alle Berufe, die eine enge Zusammenar-

priesen, sowohl von den Arbeitnehmenden als auch von ihren Arbeitgebenden. Für viele Arbeitnehmende ist es gewiss sehr verlockend, den Arbeitsweg nicht auf sich nehmen zu müssen. Sie sparen Reisezeit und -kosten, die Umwelt wird geschont (Lärm, Verschmutzung), die gewonnene Zeit kann in Familien- und

meoffice nicht mehr als die Hälfte der üblichen Arbeitstage ausmacht. Sonst sinken die positiven Effekte. Aus der Arbeitswissenschaft wissen wir aber, dass die Leistung von Teams abnimmt, je mehr Angestellte im Homeoffice arbeiten, dass erfolgreiche Teams häufiger über Angelegenheiten sprechen, die nichts mit der Arbeit zu tun haben («Kaffeemaschineneffekt»), und dass die soziale und berufliche Isolation zu einem Leistungsrückgang führen. Das dürfte die Arbeitgebenden in ihrer über-eifrigen Förderung der Heimarbeit etwas bremsen!

Grosse Risiken für die Gesundheit der Angestellten

Indem die physische und psychische Distanz zu den beruflichen Aufgaben aufgehoben wird, besteht das Risiko, dass diese auf das Privatleben übergreifen. Wenn man zuhause arbeitet, wird man dazu verleitet, mehr zu arbeiten, was zu Überbeanspruchung führen kann. Eine deutsche Studie zeigt, dass die im Homeoffice Arbeitenden es häufig als schwierig erachten, nach der Arbeit abzuschalten und ausserhalb der Arbeitszeiten oder während der Ferien nicht an die Arbeit zu denken. Das wird als «kognitive Irritation» bezeichnet. Das Risiko einer Überbeanspruchung ist gross. Doch die Prävention einer Überbeanspruchung obliegt gemäss dem Arbeitsgesetz dem Arbeitgeber / der Arbeitgeberin (Art. 6 Abs. 2 ArG). Heimarbeit hat verschiedene positive Auswirkungen, jedoch auch viele negative. Daher muss der Schutz der Arbeitnehmenden verstärkt werden, indem die bestehenden Gesetzestexte im Hinblick auf eine Regelung der Heimarbeit ergänzt werden.

Für die Arbeitnehmenden führt die Heimarbeit zu weniger Kontakten mit ihren Kolleginnen und Kollegen, was wiederum zu sozialer Isolation führen kann. Dies schadet den Angestellten langfristig – nicht nur in Bezug auf die Produktivität, wie oben



Homeoffice für kinderbetreuende Eltern ist anstrengend! Bild Getty Images

dargelegt wurde. Daher muss die Heimarbeit auf höchstens 50 Prozent des Arbeitspensums beschränkt werden. Die Arbeitgebenden können die Ergonomie der Arbeitsplätze bei den Mitarbeitenden zuhause nicht überprüfen, während sie im Unternehmen dafür verantwortlich sind (Art. 2 Abs. 1 ArGV 3). Hier besteht Handlungsbedarf. Die Angestellten müssen ein Recht haben, sich während der Ruhezeiten auszuklinken und Arbeitgebende müssten übereifrige Mitarbeitende, die mitten in der Nacht oder am Wochenende arbeiten möchten, «aussperren». Wenn eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familie angestrebt wird, müssen die Mitarbeitenden im Homeoffice ihre Arbeitszeit selbst organisieren können und die Arbeitszeit muss erfasst werden. Selbstverständlich muss die Heimarbeit im gegenseitigen Einverständnis erfolgen und darf nicht auferlegt werden. Wenn die Arbeitgebenden schliesslich durch die Einführung von Heimarbeit Einsparungen erzielen (z. B. weniger Raumbedarf im Unternehmen), muss ein Teil dieser Einsparungen den Angestellten zugutekommen.

Die digitale Welt von morgen muss gestaltet werden

Die Digitalisierung als unabwendbaren oder natürlichen Prozess zu betrachten, ist ein Fehler. Es handelt sich um eine Entwicklung, die es aktiv mitzugestalten gilt. Im September 2019 hat Travail.Suisse der Digitalisierung eine Ausgabe von «Schlaglichter» gewidmet. Dieses Positionspapier umfasst die wichtigsten Forderungen, die zwei Jahre und eine Pandemie später immer noch gelten. Das Arbeitsrecht muss an die neuen Arbeitsformen angepasst werden, aber das Hauptziel muss beibehalten werden: der Schutz der physischen und psychischen Gesundheit der Arbeitnehmenden. Und dieser muss weiterhin in die Zuständigkeit der Arbeitgebenden fallen. Jegliche weiteren Versuche, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu «flexibilisieren» und zu schwächen, sind inakzeptabel. ■

Die halbe Welt reicht nicht

Dominik Gross, Experte für Steuer- und Finanzpolitik bei Alliance Sud

12

Im Juli hat die OECD die Eckpunkte für eine neue globale Konzernsteuerreform bekannt gegeben. Was viele als «steuerpolitische Weltrevolution» feiern, ist auf dem Weg zu globaler Steuergerechtigkeit im besten Fall ein kleines Schrittchen in die richtige Richtung.

Anfang Juli gab die OECD – die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – bekannt, dass sich 130 Länder des sogenannten «Inclusive Frameworks» auf eine Reform der internationalen Besteuerung grosser multinationaler Konzerne geeinigt hätten. Was gut klingt, wird aber letztlich nur den reichen Staaten des globalen Nordens und einigen wenigen grossen Schwellenländern etwas bringen.

Die armen Länder des Südens bleiben auf der Strecke

Ländern mit tiefen und mittleren Einkommen im unteren Bereich entgehen gemäss einer Berechnung der Ökonomen Petr Janský und Miroslav Palanský (2019) durch Gewinnverschiebungen multinationaler Konzerne jährlich Steuereinnahmen in der Höhe von 30 Milliarden Dollar.

Das ist weit mehr als die gesamten Kosten der Gesundheitswesen der 69 ärmsten Länder der Welt zusammen gerechnet betragen (20 Mia.). Doch ausgerechnet für die armen Länder des Südens, darunter vor allem auch die Rohstoffabbauländer in Afrika und Lateinamerika, wird das internationale Steuersystem mit der neuesten Reform der OECD und der G20 (BEPS 2.0 – Base Erosion and Profit Shifting) so ungerecht bleiben, wie es schon lange ist.

Darin geht es einerseits um die Umverteilung von Konzerngewinnen von den Sitzstaaten in die Marktländer der Konzerne (Säule 1) und andererseits um die Einführung einer (mehr oder weniger) globalen effektiven Mindeststeuer für grosse multinationale Konzerne (Säule 2). Trotz dieser vielversprechenden Ansätze, die, richtig umgesetzt, tatsächlich viel

von den heutigen Ungerechtigkeiten im globalen Steuersystem beseitigen könnten, wird die vielbeschworene «Steuer-Revolution» ausbleiben. Dies kann man jetzt schon sagen, obwohl die technischen Details der Reform wohl erst in zwei Monaten bekannt werden.

BEPS 2.0 ist hauptsächlich aus zwei Gründen mangelhaft. Erstens sind die gesamte Rohstoffindustrie und der Finanzsektor aus der 1. Säule ausgenommen und es wird nur ein sehr kleiner Teil der Gewinne überhaupt umverteilt. Zweitens ist der vorgesehene Mindeststeuersatz in der Säule 2 von 15 Prozent viel zu tief angesetzt.

Afrikanische, lateinamerikanische und andere Entwicklungsländer haben in der Regel Steuersätze von 25 Prozent oder 30 Prozent. Vor allem für die Rohstoffkonzerne lohnt es sich deshalb weiterhin, ihre Gewinne aus den Minen Afrikas oder Lateinamerikas in die Konzernzentralen, zum Beispiel im Kanton Zug, zu verschieben.

Dem Bundesrat ist auch wenig noch zu viel

Umso befremdlicher ist die Haltung des Bundesrates zur Reform: Er will etwa afrikanischen Ländern mitnichten entgegenkommen, indem er bei der OECD für griffigere Massnahmen plädieren würde, als sie beschlossen wurden. Stattdessen trägt er die Reform gemäss seiner Reaktion auf die OECD-Vorschläge vom Juni generell nur unter starken Vorbehalten mit. Er deutete an, in den anstehenden Verhandlungen zur konkreten Ausgestaltung der jetzt schon schwachen Reform auf eine weitere Verwässerung hinwirken zu wollen – zusammen mit anderen Steuerfluchthäfen. Das zeigt: Wer sich in der Schweiz für eine weltweit gerechtere Steuerpolitik und einen Paradigmenwechsel im hiesigen Tiefsteuergewerbe einsetzen will, kann sich weder auf die OECD noch auf den Bundesrat verlassen.



Das ehemalige Königsschloss «La Muette» in Paris dient seit 1949 als Hauptsitz der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD.

Ein globales Steuersystem für eine ökologisch nachhaltige und gerechte Weltgesellschaft

Eigene Projekte der Zivilgesellschaft und von fortschrittlichen Kräften aus der Politik sind jetzt gefragt: zuallererst die Einführung eines öffentlichen Country-by-Country-Reportings (CbCR) für multinationale Konzerne in der Schweiz, das aufzeigt, wer was wo versteuert. In einem zweiten Schritt braucht es eine grundsätzlichere Reform, die die zweifellos vorhandenen guten Ansätze der aktuellen Reformvorschläge so weiterentwickelt, dass sie allen Ländern – egal ob reich oder arm – bessere Besteuerungsmöglichkeiten multinationaler Konzerne bieten. So sollte die Mindeststeuer statt bei 15% bei 25% liegen. Und zweitens müssten die Gewinne der Konzerne so umverteilt werden, dass sie vor allem auch in jenen Ländern verbucht werden können, in denen in den Konzernen effektiv gearbeitet und Wertschöpfung erzielt wird. Das ist nicht in erster Linie dort der Fall, wo die Konzerne ihre Sitze und Verwaltungseinheiten haben (zum Beispiel in der Schweiz) oder ihre Güter verkaufen, sondern dort (digitale Netzwerkkonzerne wie Amazon, Google oder Facebook einmal ausgenommen) wo ihre Fabriken und Minen stehen.

Wer sich mit der aktuellen Reform begnügt, erteilt im Grunde dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Welt, die unseren Gesellschaften eine ökologische Zukunft im Einklang mit den begrenzten Ressourcen des Planeten und einen sozialen Ausgleich zwischen reich und arm, Mann und Frau, schwarz und weiss, Menschen mit und ohne Handicap ermöglichen soll, eine Absage. Diese Ziele sind in der Agenda 2030 der UNO verankert, zu deren Umsetzung sich die 196 UNO-Mitgliedsstaaten – darunter auch die Schweiz – 2015 verpflichtet haben. Eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung dieser «Sustainable

Development Goals (SDGs)» nimmt deren Finanzierung, vor allem jene aus öffentlichen Quellen, ein. Um die Ziele zu erreichen, braucht es gemäss der UNO jährlich weltweit 2500 Milliarden Dollar. Die aktuelle Konzernsteuerreform begünstigt in erster Linie grosse Binnenmärkte wie die USA, Deutschland oder China. Für den enormen öffentlichen Investitionsbedarf der armen Länder in Gesundheit, Bildung oder grüne Infrastruktur, der dort für die Erreichung der SDGs nötig ist, interessiert sich diese Reform nicht. Dies, weil sie mit der Mindeststeuer dem Steuerwettbewerb in den Abgrund einen (zu tief angesetzten) Riegel schieben und weil sie im internationalen Steuersystem einen (viel zu eng gefassten) Gewinnverteilungsschlüssel etablieren will. Von der Idee her wäre sie vielleicht ein Schritt zu mehr globaler Steuergerechtigkeit. In der Substanz ist sie, gemessen an den Zielen für nachhaltige Entwicklung der UNO, ein Rohrkreppierer. ■

Alliance Sud

Alliance Sud ist der gemeinsame entwicklungspolitische Think-and-Do Tank der sechs Schweizer Entwicklungsorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Sie wird mitunterstützt durch die Partnerorganisationen Solidar Suisse, Terre des hommes Schweiz/Suisse und das Schweizerische Rote Kreuz. Seit 1971 setzt sie sich in der Politik, der Öffentlichkeit und gegenüber Wirtschaftsakteuren für gerechte Nord-Süd-Beziehungen und eine nachhaltige Entwicklung ein. Alliance Sud ist parteipolitisch ungebunden und beeinflusst die Politik der Schweiz im Interesse der benachteiligten Menschen in den Ländern des globalen Südens. Sie ist in der vom Bundesrat eingesetzten Beratenden Kommission für die Internationale Zusammenarbeit ebenso vertreten wie in der Kommission für Wirtschaftspolitik. Alliance Sud führt das Sekretariat der überparteilichen parlamentarischen Gruppe Suisse-Solidarité internationale und der NGO-Plattform, die zahlreiche nichtstaatliche Akteure der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vereint. Die NGO ist international eng vernetzt mit gleichgesinnten Nichtregierungsorganisationen in Industrie- und Entwicklungsländern. Sie hat unter anderem zur Gründung des internationalen Tax Justice Network beigetragen und beteiligt sich aktiv in der Global Alliance for Tax Justice. Sie ist Mitglied im Climate Action Network und dem European Network on Debt and Development (Eurodad) und pflegt einen regen Austausch mit dessen Partnernetzwerken Latindadd und Afrodad.

Bührle und Etter

Josef Lang

14

Etter engagierte sich für die Waffengeschäfte und die Rehabilitierung seines Jagdfreundes Bührle. Das passt schlecht in eine Rehabilitierung Etters.

In dem 2015 erschienenen «Schwarzbuch Bührle» erwähnen drei der sieben Autoren die Bührle-Etter-Connection. Hans-Ulrich Jost schreibt: «Doch zumindest mit einem Bundesrat pflegte Bührle (...) einen freundschaftlichen Umgang. Es handelt sich um den 1934 zum Bundesrat erkorenen katholisch-konservativen Philipp Etter.» Der emeritierte Lausanner Geschichtspräsident lässt offen, warum Bührle Etter näher stand als den anderen Bundesräten: «Vielleicht war es nur Zufall, dass Bührle ausgerechnet mit Etter, diesem rechtslastigen Konservativen, freundschaftliche Be-

auch geistige Waffen schmieden.» In seinem Beitrag erwähnt Jost auch Bührles Versuch, «mithilfe von Bundesrat Etter (...) im Schweizerischen Schriftsteller-Verein eine Stiftung zu organisieren. Dieser wies jedoch das Angebot zurück.» Bührles Ansehen war angesichts dessen massiven Waffenlieferungen an die Nazis nicht überall so hoch wie bei Etter.

«Geistige Waffenschmiede»

Auch der Mitherausgeber des «Schwarzbuches», Thomas Buomberger, zitiert in seinem Beitrag aus Etters Laudatio auf Bührle, die in einer Festschrift

Charles Linsmayer hält unter dem Titel «Blutgeld vom ersten bis zum letzten Rappen» fest, mit der «Festschrift zu Ehren von Emil Georg Bührle» habe «die Rehabilitation, die der Waffenfabrikant Bührle all die Jahre mit seinem Kunstengagement gesucht hatte, nun quasi ihren krönenden Abschluss» gefunden. «Da erinnerte sich Bundesrat Philipp Etter an die gemeinsamen Jagden mit dem Verewigten – «ausser gemeinsamem Waffendienst oder gemeinsamen Bergwanderungen gibt es kaum ein anderes Erlebnis, das in gleicher Weise geeignet wäre, die Menschen einander näherzubringen, wie die Jagd» – und stilisierte dessen Kunstsammlung zu einer «geistigen Waffenschmiede.» Linsmayer zitiert zusätzlich den deutschen Museumsdirektor Leopold Reidemeister, der Bührle «schlicht als einen «Herrenmenschen» titulierte.»

Alle gegen Bührle – ausser Etter

Drei Jahre nach dem «Schwarzbuch» erschien in der Neuen Zürcher Zeitung ein Text des ehemaligen Tagesanzeiger-Redaktors Jürg Schoch mit dem Titel: «Als ein Waffenhändler im Koreakrieg den Bundesrat in die Knie zwang». Es ging um die – völlig neutralitätswidrige – Lieferung von 240 000 Boden-Luft-Raketen an die USA für deren Kriegführung in Korea. Der Bundesrat hatte 1949 aufgrund von Bührles Nazi-Geschäften die Verordnung für die Waffenausfuhr verschärft. Das Bührle-Geschäft mit den USA widersprach dieser völlig.

Bei den ersten Diskussionen im Bundesrat, deren Reigen am 14. März 1952 begann, waren alle dagegen – ausser Etter. Dieser fand es «politisch unklug, ihn zu hindern». Der freisinnige Chef des Militärdepartements Karl Kobelt, der seine Kollegen über Bührles Absicht informiert hatte, zeigte sich dagegen, «sehr beunruhigt». Drei Tage später doppelte er nach, indem er eine Bewilligung «als falsches Spiel gegenüber der Öffentlichkeit» bezeichnete.



Sieben Jagdfreunde: links oben Emil Georg Bührle, rechts unten mit schwarzer Mütze Philipp Etter.

ziehungen pflegte und mit ihm auf die Jagd ging.» Leichter fällt es dem Historiker, die Nähe Etters zu Bührle zu erklären. Jost zitiert die Rede des Bundesrates anlässlich der Eröffnung des Neubaus des Kunsthauses im Jahre 1958: «Dem Waffenschmied war es nicht nur um Kanonen, Maschinengewehre und Raketen zu tun. Er wollte

veröffentlicht wurde. Unter dem Titel «Kunst und Kanonen. Die Herkunft von Bührles Bildern» schreibt der Raubkunst-Kenner: «Schöner hätte man es jedenfalls nicht sagen können als Bundesrat Philipp Etter (...). Er bezeichnete Bührles Sammlertätigkeit als «Vergeistigung des Wirtschaftlichen». Der Literaturkritiker und -förderer

Dessen Genfer Parteikollege und Aussenminister Max Petitpierre argumentierte: «Was wir materiell gewinnen, verlieren wir auf dem Terrain der Neutralität», denn «alle diese Tatsachen vermitteln den Eindruck einer engen Zusammenarbeit mit den USA.»

Während eines ganzen Jahres des «Hin und Her» hat gemäss Schoch «nur Philipp Etter, ein guter Bekannter und gelegentlicher Jagdpartner von Bührle (...) das Ausfuhrgesuch klar unterstützt». Der NZZ-Zwischentitel über diesem Satz lautet: «Philipp Etters Fürsprachen». Als die Freisinnigen umzufallen beginnen, steht der BGB-Bundesrat Markus Feldmann, «vehementer Verfechter staatlicher Autorität und Neutralität» auf die Hinterbeine. «Und so kommt es am 21. April 1953 nochmals zu einem Schlagabtausch im Bundesratszimmer.»

Feldmann gegen Bührle&Etter

Feldmann kritisiert Bührle: «Er spielt mit der Landesregierung.» Und er schlägt vor, gegen den Waffenproduzenten «einen Sturm» in der Öffentlichkeit auszulösen. Etter verteidigt Bührle, der «unrichtig beurteilt» werde und «sehr sozial eingestellt» sei. Dabei verweist er auf 58 Millionen Franken seines persönlichen Vermögens, die Bührle «geopfert» habe, um seine Belegschaft während der Auftragsflaute in der Nachkriegszeit durchzubringen. Am 24. April 1953 hat sich die Partnerschaft Bührle&Etter im Bundesrat durchgesetzt.

Es war nicht das erste Mal, dass Feldmann und Etter zusammengestossen sind. Feldmann, der 1935 in den Nationalrat und 1951 in den Bundesrat gewählt worden war, bekämpfte während des Zweiten Weltkriegs das Anpassertum des Bundesrates, insbesondere das Etters. Allein dieses Neuaufflackern der Fehde zwischen den beiden damaligen Gegenpolen wäre für den Biographen Etters ein Grund gewesen, dessen Einsatz für Bührle zu thematisieren. Aber Bührle kommt auf den 766 Seiten von Tho-

mas Zauggs Wälzer in keinem Wort vor. Wissenschaftlich ist das völlig unverständlich.

«Beispiel für zahlreiche Auslassungen»

In einer in der Online-Zeitung Journal 21 dokumentierten Auseinandersetzung nennt der ehemalige Geschichtswissenschaftler Jakob Tanner in einer Replik auf eine zugerische Lobhudelei das Ausblenden der Bührle-Etter-Beziehung «als Beispiel für die zahlreichen Auslassungen in dieser Dissertation.» Der Autor eines Standardwerks über die Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert hält fest: «Durch diese und weitere Rüstungsgeschäfte wurde Bührle zum reichsten Schweizer. Obwohl bekannt, werden diese Zusammenhänge von Thomas Zaugg verschwiegen.» Auch Georg Kreis, wie Tanner ein ehemaliges Mitglied der Bergier-Kommission, problematisiert die auffällige Lücke: «Das Werk, das gemäss Untertitel eine politische Biografie sein will und immerhin über 700 Seiten beansprucht, hat für Etters Ablehnung des Frauenstimmrechts noch im Jahr 1956 nur gerade einen halben Satz übrig und zum nahen Verhältnis zwischen Etter und dem Waffenfabrikanten Bührle gar keinen.» (15.4.2021)

Zaugg reagiert auf diese Kritik mit einem Foto über eine Jagdgesellschaft, bei der Etter und Bührle zu sehen sind. Aber er begründet nicht, warum dieses Foto in der reich illustrierten Dissertation fehlt. Auf Etters neutrali-

tätswidriges Rüstungsexport-Lobbying zugunsten Bührles geht er überhaupt nicht ein. Zaugg rühmt sich, der Studie seines zweiten «Doktorvaters» Matthieu Leimgruber über das Zürcher Kunsthaus und Bührle Fotos und Dokumente übergeben zu haben. Das Buch beinhaltet tatsächlich ein Foto und ein Zitat aus der Etter-Laudatio auf Bührle. Aber es erwähnt Etters Rüstungslobbying für Bührle in keinem Wort, was gerade angesichts des Titels «Kriegsgeschäfte, Kapital und Kunsthaus» höchst stossend ist. Bührle und vor allem dessen Geschäftstätigkeit stehen einer Rehabilitierung Etters offensichtlich im Weg. ■



Umschlagbild eines weiteren, nach Redaktionsschluss erschienenen Buchs zum Thema Kunst und Bührle.

Benutzte Literatur

Kunsthaus Zürich (Hg.): Sammlung E. G. Bührle. Festschrift zu Ehren von Emil G. Bührle, Zürich 1958

Thomas Buomberger, Guido Magnaguagno (Hg.): Schwarzbuch Bührle. Raubkunst für das Zürcher Kunsthaus?, Zürich 2015

Thomas Zaugg: Bundesrat Philipp Etter (1891-1977), Zürich 2020

Matthieu Leimgruber (UZH): Kriegsgeschäfte, Kapital und Kunsthaus. Die Sammlung Emil Bührle im historischen Kontext, Zürich 2020

Keine Perspektive

Natalie Chiodi

16

Im BULLETIN (1/2021) wurde zuletzt über den Alltag der geflüchteten Menschen in Griechenland berichtet. Schon in früheren BULLETINS wurde die Situation in Griechenland thematisiert. Im Sommer 2021 besuchte die Autorin das Hilfswerk network ANTHROPIA in Griechenland.

Bei 35 Grad kommen wir am 12. Juli in Griechenland an. Nie hätte ich gedacht, dass es drei Wochen später, am Tag, an dem ich Griechenland verlassen werde, noch heisser sein würde. Aber dazu später. Das Hilfswerk network ANTHROPIA fragte uns an, ob wir bereit wären, während zwei Wochen mit Kindern aus zwei Flüchtlingslagern Aktivitäten durchzuführen. Die Anfrage kam, weil die Kinder im vergangenen Schuljahr besonders wenig Anregung von aussen bekommen hatten (die Erwachsenen natürlich auch), doch fällt dies bei Kindern, die heranwachsen, viel mehr ins Gewicht. Dazu muss man wissen, dass Griechenland seit März 2020 bis fast im Sommer 2021, mit wenigen Wochen Ausnahme, an den Schulen keinen Präsenzunterricht führte. Ersatzprogramme waren mit geflüchteten Kindern aus verschiedenen Gründen nicht durchführbar. Zusätzlich gab es in den Camps auch eine lange Quarantäne, in dieser Zeit durften die Kinder nicht aus ihrem Zimmer (das mit allen Familienmitgliedern geteilt wird). Renata, die Präsidentin des Vereins network ANTHROPIA, sorgte daher mit Freiwilligen dafür, dass im Monat Juli ein minimales Programm für die Kinder auf die Beine gestellt wurde.

Ankunft

Am Tag unserer Ankunft war eine Kindergeburtstagsparty am Strand geplant. Wir freuten uns auf die erste Begegnung mit den Kindern und Erwachsenen der beiden Camps. Gleichzeitig erhielten wir die Chance unseren Vorgänger*innen, einem Erlebnispädagogen und einer Bewegungstherapeutin aus Irland, über

die Schultern zu schauen und zu erfahren, wie sie mit den Kindern arbeiten. Es war ein wunderbarer Empfang. Das Plätzchen am Strand war liebevoll dekoriert, die Speisen der



Kinder werden im Center in kleinen Gruppen von Bezugspersonen gefördert. Ihre Sozialisierung ist wichtig für eine gelingende Integration in die Schule.

kurdischen Familien ausgezeichnet, die Kinder konnten im Meer plantschen oder Strandspiele machen. Auf den ersten Blick deutete nichts auf die schweren Schicksale der Menschen hin. Dank Renata bekamen wir allerdings einen schnellen Zugang zu den Informationen um uns ein Bild über die Situation der Menschen zu machen.

Situation in Lavrio

Lavrio liegt südlich von Athen, mit dem Bus in ungefähr einer Stunde erreichbar. In Lavrio bestehen zwei Flüchtlingscamps: eines befindet sich im Zentrum des Ortes und ist ein auffälliges, altes Gebäude, das schon in den 60-er Jahren von Geflüchteten genutzt wurde, damals vor allem von Griech*innen, die aus kommunistischen Ländern repatriert wurden. Seit 40 Jahren wird es jedoch hauptsächlich von Menschen aus kurdischen Gebieten bewohnt, die auf der Flucht vor Repression in der Türkei sind. Zur kurdischen Bevölkerung von Lavrio gesellten sich zunehmend Menschen aus der Gegend um Rojava (Nord- und Ostsyrien), die vor dem Krieg flohen. Das zweite, kleinere Camp wurde etwas später errichtet und liegt auf einer Müllhalde ausserhalb der Ortschaft in ungefähr 30 Minuten Gehdistanz. Es besteht aus «Campinghäuschen», die ihren Zenit schon längst überschritten haben. Dieses Lager ist bedroht durch regelmässige Brände, die durch unsachgemässes Entsorgen von Abfall entstehen. Beide Lager erhalten unentgeltlich Strom und Wasser von der Gemeinde Lavrio.

Viele der in den Lagern lebenden Menschen machten sich auf den Weg nach Griechenland um vor Haftstrafen zu fliehen, die sie in ihren Heimatländern erwarteten. Haftstrafen, die auf falschen Anschuldigungen beruhen. Dies um unliebsame und kritische Menschen ins Visier zu nehmen oder einfach nur darum, weil sie die kurdische Tradition und Sprache pflegen. Viele der Bewohner*innen des Lagers sind junge Leute. Eine erneute grosse Fluchtwelle wurde anfangs 2020 ausgelöst, als die türkischen Streitkräfte den Gürtel zwischen der Türkei und Syrien bombardierten. Die Menschen, die in diesem Teil Syriens lebten, waren oft schon vorher vor den Kriegshandlungen in dieses



Einmal im Monat wird ein Geburtstagsfest für jedes Kind, das im entsprechenden Monat Geburtstag hatte, gefeiert. Wenn genügend Begleitpersonen dabei sind, verlegt man die Party an den Strand.

Grenzgebiet geflüchtet. Viele in der Hoffnung, dereinst wieder in ihre Heimatgebiete zurück zu gelangen, sollten die Kriegshandlungen in Syrien aufhören. Diese Hoffnung wurde zerstört und hat eine Bewegung nach Nordwesten ausgelöst. Diese Menschen sind oft direkt in den Lockdown geflüchtet. Das hatte zur Folge, dass die Auffanglager überall an ihre Grenzen stießen.

Offizielle Camps

Zur allgemeinen Situation ist zu sagen, dass sich in Griechenland ungefähr 120 000 geflüchtete Menschen befinden. Das griechische Asylsystem ist stark überlastet. Es gibt tausende, noch nicht bearbeitete Fälle. Die Mehrheit der Asylbewerber*innen in Griechenland hat Flüchtlingsmerkmale und ist auf internationalen Schutz angewiesen.

Ritsona ist eines der offiziellen Flüchtlingscamps der griechischen Regierung, ca. 60 km von Athen entfernt. Hier wurden seit Juni 2021 immer mehr kurdische Flüchtlinge einquartiert, da die griechische

Regierung neu all jenen finanzielle Unterstützung und Wohnungen verweigert, die nicht in offiziellen Camps wohnen. Wer sich hingegen



Das Camp befindet sich in einem baufälligen Gebäude. Der Traum der Unabhängigkeit stirbt zuletzt.

in staatliche Obhut begab, erhielt dafür eine Cash Card. Die Zustände in Ritsona sind desolat, auf kleinstem Raum wohnen viele Familien zusammen. Auch gibt es Probleme mit den religiösen Gemeinschaften. Während sich bei Kurden und ande-

ren Völkern Frauen problemlos unverschleiert bewegen können, wird dies bekanntlich von vielen arabischen Kulturen nicht akzeptiert. Auf kleinstem und neuerdings auch ummauertem Raum müssen sich die Flüchtlinge damit arrangieren. Wer kann, verzichtet daher auf die Cash Card und verlässt die offiziellen Lager. Solche Menschen werden dann in den vielen «illegalen», aber von lokalen Behörden oft geduldeten, Camps aufgefangen. Oft bestehen solche Camps aus ethnischen Gemeinschaften, die in baufälligen ungenutzten Gebäuden leben, ihre finanziellen Ressourcen so gut es geht zusammenlegen (oft mit Gelegenheitsjobs erarbeitet) oder durch Hilfswerke unterstützt werden. Im ganzen Land gibt es mehr oder weniger grosse derartige selbstorganisierte Lebensgemeinschaften. Anfang Juli kamen sieben Familien wieder zurück nach Lavrio. Die Kinder brachen in Freudengeschrei aus, als sie ihre «Heimat» wiedersahen.

Perspektiven

Der schwierigste Teil des Lebens im Camp ist der tägliche Kampf gegen Langeweile. Man ist auf der Durchreise, aber niemand weiss, wann Mittel und Wege gefunden werden um weiter zu kommen. Auch

18

wir haben mehrfach erlebt, dass es hiess, dass wieder jemand oder eine ganze Familie das Camp verlassen habe. Details haben wir jeweils nicht erfahren. Oft hatten wir diese Menschen kurz vorher kennengelernt und wir haben uns mitgefremt, dass die Weiterreise geglückt ist und waren gleichzeitig traurig, dass eine neue Bezugsperson fehlte. Wer allerdings seine «Fingerprints» in Griechenland deponiert hat, wird wegen der europäischen Gesetzgebung bleiben müssen (oder zurückgeführt).

Die meisten Kinder im Camp haben nur einen Elternteil, entweder ist der zweite Elternteil in der Hoffnung auf Familiennachzug vorausgegangen oder umgekommen. In einigen Fällen waren Kinder mit ihren Grosseltern oder einem Grosseltern allein im Camp, deren Schicksale waren besonders tragisch. Das einzig Positive ist, dass – in diesem Fall – die kurdische Gemeinschaft einen ungeheuren Zusammenhalt hat, sich selber verwaltet und man gegenseitig für einander sorgt, so gut es geht.

Unser Einsatz

Das Hilfswerk ANTHROPIA ist Mieterin einer kleinen Wohnung, in der Aktivitäten im kleinen Kreis stattfinden



Aktivitäten im Center.



Ein Ausflug nur mit den Jugendlichen der beiden Camps. Ein bisschen Geschichte Griechenlands musste auch sein!

den können. Man trifft sich zum Unterricht, zum Besprechen und Essen, zur kreativen Handarbeit, die später verkauft wird. Auch ein Beauty Space ist vorhanden. Einfach alles, was zu einem lebendigen Zentrum gehört. Wir nennen es Center.

Die Kinder wurden jeden Tag von einer verantwortlichen Flüchtlingsfrau ins Center gebracht. Mit den Kindern zusammen bastelten und

malten wir, machten Gruppenspiele, sangen Lieder und hatten viel Spass zusammen. Der Sinn und das Ziel unseres Einsatzes bestand darin, dass die Kinder Anregungen von aussen erhalten, dass sie Freude haben und dadurch – mindestens für eine kurze Zeit – ihre Situation vergessen konnten. Gleichzeitig sollte die gemeinsam verbrachte Zeit Hoffnung geben und die Idee von etwas Normalität. Die Sprache war natürlich ein Hindernis, doch spielte sie keine Hauptrolle in unseren Aktivitäten. Und wenn wir ohne nicht klarkamen, dann hatten wir die Unterstützung durch kurdische Frauen, die Englisch sprechen konnten. Daneben planten wir Aktivitäten in den beiden Camps. Zweimal sorgten wir dafür, dass es spezielle Ausflüge für die Teenager gab, die zwischen Tisch und Stuhl fallen – zu alt für Kinderspiele, zu jung für das Erwachsenenleben. Mit einem kleinen Bus fuhren wir mit einer Gruppe Jugendlicher und Begleitpersonen zum Poseidontempel und später an die Beach in der Nähe. Wir alle genossen den Ausflug sehr.

Der Höhepunkt war allerdings der Ausflug zum Zoo mit allen Kindern und Jugendlichen und einigen Begleitpersonen. Leider fand der Besuch an einem der heissen Tage ohne Wind statt, so dass nicht nur wir, sondern auch einige der Tiere litten. Am Tag der Abreise zeigte die Temperaturanzeige des Taxis 44 Grad an. In den letzten Tagen fragten Freundinnen und Freunde per Messenger immer wieder an, ob es wirklich so heiss sei, man konnte es nicht glauben. Am Tag nach der Abreise begannen die Waldbrände in Griechenland aufzulodern und in den darauffolgenden Tagen erhielten wir bedrohliche Bilder aus Lavrio, welche aufsteigende Rauch- und Flammensäulen zeigten.



Aktivitäten im Camp.

Das Hilfswerk

ANTHROPIA unterstützt neben den Aktivitäten im Center die beiden erwähnten Camps mit regelmässigen Lebensmittellieferungen, die durch lokale Geschäfte oder Bauern durchgeführt werden. Durch die gute Vernetzung innerhalb Griechenlands mit verschiedenen Hilfsorganisationen und dem gegenseitigen Vertrauen aller Beteiligten leistet ANTHROPIA auch Unterstützung in Notfällen. Weiter unterstützt es regelmässig eine jesidische Gemeinschaft in Lesbos mit Grundnahrungsmitteln, sowie eine Organisation, welche obdachlose Menschen in Thessaloniki täglich mit warmen Mahlzeiten versorgt. ■



Das sogenannte Uptown-Camp befindet sich auf einer Müllhalde.

Finanzielle Unterstützung

Network ANTHROPIA, 8708 Männedorf

SFR Postfinance, Kt. 61-974295-5, IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5

EURO Postfinance, Kt. 91-414252-2, IBAN CH42 0900 0000 9141 4252 2

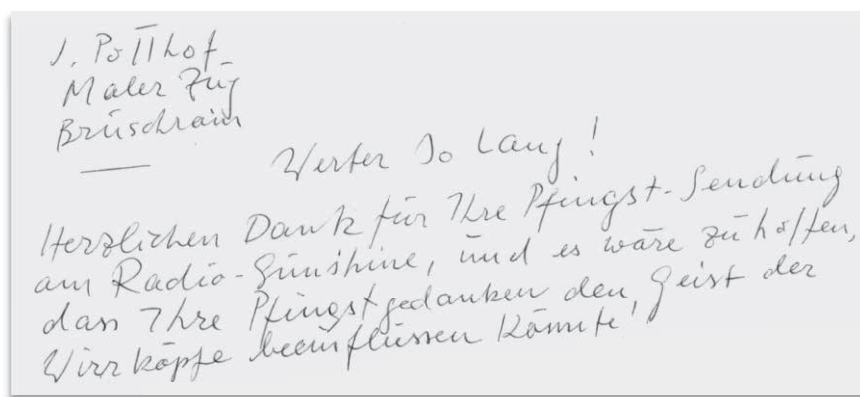
Das BULLETIN berichtet seit 2016 regelmässig über die Situation in Griechenland. Siehe Nr. 1/2021, 4/2019, Nr. 2/2019, Nr. 4/2017, Nr. 2/2016 und Nr. 1/2015

Potthof gegen Kampfjets

Josef Lang

20

An Pfingsten 1993 schrieb Johnny Potthof nach einer Radio-Sendung einen Brief an Jo Lang. Wir drucken ihn ab – mit den Unterstreichungen des Autors.



Werter Jo Lang!

Herzlichen Dank für Ihre Pfingst-Sendung am Radio Sunshine, und es wäre zu hoffen, dass Ihre Pfingstgedanken den Geist der Wirrköpfe beeinflussen könnten!

Es ist doch eine grosse perfade Gemeinheit der FA18-Befürworter, uns Ja-Stimmer immer wieder als Armee-Abschaffer hinzustellen.

Lächerlich, unsere zusammenschluss-hungrigen Nachbarländer als etwaige zukünftige Angreifer zu vermuten, noch blöder die Aussagen eines serbischen Luftwaffenwichtigers ernst zu nehmen. Länder (wie auch Russland), die von Bürger- und Religionskriegen heimgesucht werden, haben noch jahrelang ihre eigenen Probleme zu lösen.

Die Stimmungsmache Ihres Gesprächspartners, wie auch Worte von R.R. Urs Kohler an R.R. H.P. Uster, den Jugoslawien-Konflikt als eventuellen Eroberungskrieg gegen das übrige Europa darzustellen, ist doch bewusste üble Propaganda; ebenso die Beurteilung Ihres Gesprächspartners, die letzten Weltkriege hätten immer in Serbien angefangen; ja, aber unter ganz anderen geschichtlichen Verhältnissen.

Die Sicherheit unseres Landes ist doch ganz anderen, inneren Gefahren ausgesetzt: soziale Konflikte durch Arbeitslosigkeit werden zunehmen; Asylantenhass fördert den zunehmenden Rechtsradikalismus auch bei uns. In nächster Zeit, da bin ich sicher, dass ein zweites oder etliche Tschernobyl-Unfälle auf den Westen zukommen werden, wenn nicht rasch Hilfe des Westens (auch von unserer reichen Schweiz) für die Sicherheit der rissigen, rostigen KKW's des Ostens geleistet wird.

Für all diese Gefahren brauchen wir keine FA18; das Geld soll in erster Linie für wirkliche Probleme unserer nächsten Zukunft verwendet werden; das Loch in der Bundeskasse ist schon gross genug!

Betreff der Schiessplätze habe ich genügend eigene Erfahrungen, wie die Armee auf den unzähligen Schiessplätzen in unseren Berggegenden den Umweltschutzgedanken vermissen lässt. Artilleriehülsen, Konservbüchsen werden kaum eingesammelt – Blindgänger liegen da und dort, Meta-Tabletten vergiften das Vieh, viele schöne Berggegenden sind werktags für uns Tourenfahrer gesperrt; alles schon selber erlebt auf Ski- und anderen Bergtouren.

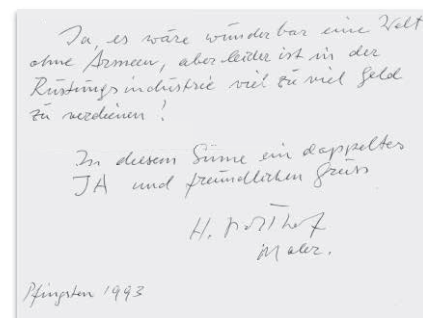
Ja, eine Welt ohne Armeen wäre wunderbar, aber leider ist in der Rüstungsindustrie viel zu viel Geld zu verdienen!

In diesem Sinne ein doppeltes Ja und freundlichen Gruss

H. Potthof

Maler

Pfingsten 1993



503719 Unterschriften in 34 Tagen

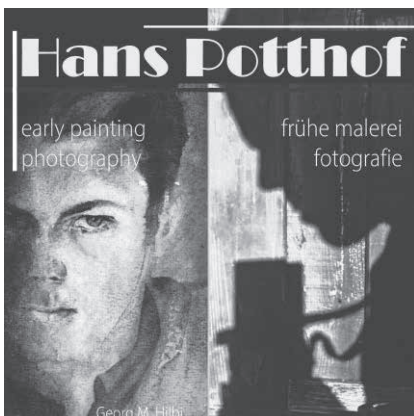
Zwischen dem 28. April und dem 31. Mai 1992 sammelte die GSoA 503 719 Unterschriften für die Stop F/A-18-Initiative. Da die GSoA vom Bundesparlament ein schnelles Vorgehen verlangte, liess sie nur 185 648 Unterschriften von den Gemeinden beglaubigen. Deshalb kam die Initiative bereits am 6. Juni 1993 zur Abstimmung – gemeinsam mit der am 14. Dezember 1991 eingereichten Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär». Allerdings hatte zwischen der Sammelzeit und dem Abstimmungstermin der Wind stark gewendet – vor allem wegen der Eskalation des Balkankriegs. Beide Initiativen scheiterten, die der GSoA mit 42,8 Prozent Ja und die gegen die Schaffung neuer Waffenplätze mit 44,7 Prozent Ja.

Kunst und Philosophie

Josef Lang

In den nächsten Tagen erscheint im Chronos-Verlag ein illustrierter Werkband über Hans Potthof, einen der bedeutendsten Schweizer Maler des letzten Jahrhunderts.

Der vom Zuger Kunsthistoriker Georg M. Hilbi verfasste Werkband über die Frühe Malerei und Fotografie Hans Potthofs (1911–2003) umfasst 360 Seiten und beinhaltet 450 Abbildungen. Gemäss Vorankündigung «entpuppt sich der junge Künstler» in ihnen «als innovativer Vertreter des Postexpressionismus, des Surrealismus und der neuen Sachlichkeit». Erstmals wird auch das fotografische Werk Potthofs vorgestellt. Über diese Arbeiten steht im Prospekt: «Sie offenbaren einerseits die Sicht des Künstlers auf die Welt, auf seine Motive (...), andererseits innovative Techniken wie etwa Doppelbelichtung, experimentelle Licht-Schatten-Kontraste und ungewohnte Perspektiven.»



Cover des Buchs.

Von Moos und Sohn-Rethel

Das Buch Hilbis kommt zur rechten Zeit. Die meisten Kunstinteressierten meiner Generation haben Potthof arg unterschätzt. Er erschien uns etablierter, als er war. Hätten wir den Luzerner Maler Max von Moos, den wir als Rebellen wahr und ernst nahmen, auch gelesen, wären wir

eines Besseren belehrt worden. Der bekannte Surrealist schrieb 1948 in der Architektur- und Kunstzeitschrift «Das Werk» einen Aufsatz über den Zuger Künstlerkollegen. Der mit vier Bildern illustrierte Text beginnt mit einem Schlangensatz, der mit diesen Worten endet: «und in kunstinteressierten Kreisen wird es immer klarer, dass man es in Potthof mit einer der stärksten malarischen Begabungen der jüngeren Generation zu tun hat.» Von Moos, Lehrer an der Luzerner Kunstgewerbeschule, begründet seine Einschätzung unter anderem mit folgendem Hinweis: «Man merkt in seinen Bildern den Handwerker, der das Erzeugnis seiner Hände ganz kennt, ohne, wie der moderne Produzent, in abstrakten Beziehungen schweben zu müssen.» (Heft 6, S. 189) Das tönt nicht nur sehr marxistisch. Das ist es auch. Der Philosoph, der diese «Scheidung» von geistiger und handwerklicher Arbeit am stärksten analysierte, war Alfred Sohn-Rethel. Von Moos hat ihn vielleicht, Potthof sicher gekannt. Denn dieser war 1942 bis 1948 mit dessen Tochter, Brigit Sohn-Rethel, verheiratet. Er hatte die 1935 vor den Nazis Geflüchtete in Luzern kennen gelernt. Ihr Vater, ein Freund von Walter Benjamin, Ernst Bloch und Theodor W. Adorno, der nach Paris und London weiter geflüchtet war, wurde später zu einer Referenz des undogmatischen Flügels der 68er Bewegung. Sein 1970 in der edition suhrkamp SV erschienenes Buch «Geistige und körperliche Arbeit» wurde zu einem Bestseller. Als ich 1974 «im Balmer» die zweite Auflage kaufte, hatte ich keine Ahnung, dass der «letzte Marxist» (Die Zeit-Nachruf, 13. April 1990) mit «unserem» Potthof mal verwandt gewesen war.

Menschliche Figur

In seinem Beitrag schreibt von Moos einen weiteren Satz über Potthof, der ebenfalls hervorragend zur Philosophie Sohn-Rethels und seiner humanistisch-marxistischen Schule passt: «Potthof malt meist Landschaften, doch spricht die menschliche Figur ein zunehmendes gewichtiges Wort.»

Ich bereue es sehr, auf Potthof als künstlerische und menschliche Figur nicht aktiver zugegangen zu sein. Immerhin kann ich mich nun auf den Werkband freuen. ■

Hans alias Johnny

Wer früher in Zug «Johnny» erwähnte, wusste, dass damit Hans Potthof gemeint war. Aber nur wenige wussten, wie aus dem offiziellen Hans ein umgangssprachlicher Johnny geworden war. Potthof vertrat 1936 an der höchst umstrittenen Olympiade in Berlin die Schweiz als Kajakfahrer. Dort kam er zu seinem amerikanischen Spitznamen, weil er dem früheren fünffachen Olympiasieger Johnny Weissmüller aufs Haar glich. Weissmüller, der als Kind in die USA gekommen war, wurde in den 1930er Jahren berühmt als Tarzan-Darsteller. Die Nazis selber liessen den Film 1934 verbieten.

Von Frauen für Frauen

Anna Lustenberger

22

Seit fünf Jahren arbeite ich als Kursleiterin bei der pädagogischen Ausbildungsinstitution «el s a» (elternschuleanders) in Luzern. Diese wurde 2008 von Suzanne Collioud, Bern, gegründet. elternschuleanders ist eine anerkannte Ausbildungsinstitution des Schweizerischen Spielgruppen-LeiterInnen-Verbandes SSLV. Seit über 12 Jahren bietet «el s a» eine modulare Ausbildung zur Kinderbetreuerin / Spielgruppenleiterin für Frauen mit Migrationshintergrund an. Trotzdem ist es für diese Frauen aber nicht einfach, später eine Arbeit in diesem Bereich zu finden.

Das Konzept ist explizit für Frauen erarbeitet worden, welche gemäss ihren Neigungen, Wünschen, und Zielen teilzeitlich in der Betreuung von kleinen Kindern arbeiten möchten. Die Sprachkenntnisse der Frauen reichen jedoch nicht für eine anerkannte Lehre und – sie werden zuhause bei ihren eigenen Kindern gebraucht. Die Kursbesucherinnen aus verschiedenen Ländern sind engagierte, interessierte und dankbare Frauen, von denen einige in ihrem Heimatland einen pädagogischen Beruf erlernt hatten. Es gibt auch Frauen, die aus familiären oder ethnischen Gründen keine Möglichkeiten hatten, einen Beruf zu erlernen, ja sogar nicht einmal das Schreiben erlernen konnten. Sie sind bestrebt, in unserem Land nachzuholen, was in ihrem Heimatland nicht möglich war. Ihr Wille ist beeindruckend. Sehr oft werden die Kurse durch kantonale und gemeindliche Stellen finanziert. Manchmal helfen auch Kirchen und Stiftungen mit.

Was wird den Frauen vermittelt?

Die Vermittlung von psychologischem und pädagogischem Wissen ist ein Hauptziel dieses Kurses. Die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung wird betont. Sie lernen, wie kleine Kinder ganzheitlich mit allen Sinnen und durch Erfahrungen lernen. Es wird unter anderem auch über Erziehungsstil, Grenzen, Regeln und Kinder mit besonderen Bedürfnissen gesprochen. Natürlich probieren die Frauen auch gerne praktische Sachen

aus. Sie staunen, wie mit wertlosem Material gespielt und gebastelt werden kann. Sie vertiefen sich intensiv in verschiedene Maltechniken und lachen, wenn gemeinsam gespielt und gesungen wird. Immer wieder machen wir Kursleiterinnen den Frauen Mut, dass Kindern nicht zwingend teure Spielsachen in grosser Anzahl brauchen. Sie erfahren, dass Zeit, das Interesse für das Kind und eine kinderfreundliche Umgebung viel wichtiger sind. In Hospitationen und einem kleinen Praktikum von einigen Wochen erleben die Frauen, wie der Inhalt unserer Kurse von anderen Pädagog*innen umgesetzt wird.

Ein Gewinn für den Einstieg in die Arbeitswelt und die Erweiterung persönlicher Kompetenzen

Nach Abschluss der Ausbildung besteht für die Frauen die Möglichkeit als Assistentin in einer Spielgruppe, in einer öffentlichen Kinderbetreuung, als Kinderbetreuerin bei Deutschkursen, als Tagesmutter oder als Nanny zu arbeiten. Manchmal finden sie auch einen Arbeitsplatz in einer Schulbetreuung. In seltenen Fällen finden sie ein Arbeitspensum in einer Kita als Springerin oder eine Teilzeitanstellung bei einer Familie mit Kindern und für Hausarbeiten. Für eine Kinderbetreuungs-Institution können diese Frauen wertvolle Mitarbeiterinnen sein. Sie verstehen die Sprache der Flüchtlingskinder und sie können mithelfen den Kontakt zu fremdsprachigen Eltern zu schaffen. Sie wissen, mit welchen



Konzentriertes Arbeiten bei den Abschlussarbeiten.

oft schwerwiegenden Problemen Familien aus anderen Kulturen konfrontiert sind, verstehen sie und können sie so emotional unterstützen. An einem solchen Arbeitsort sind diese Frauen oft wertvolle Brückenbauerinnen.

Aber die Frauen gewinnen mit dieser Ausbildung auch für sich selber vieles. Sie lernen die hiesigen Bräuche und Sitten und das schweizerische Betreuungssystem kennen. Sie müssen an den Ausbildungstagen nicht für ihre Familien da sein. Sehr oft sind sie nach einem solchen Kurs motiviert, weiterhin zu lernen und auch in der Sprache Deutsch weiterzukommen. Natürlich profitieren sie auch für ihre eigene Familie. Bei ihren Landsleuten sind sie ebenfalls Brückenbauerinnen zu unserer Kultur. Sie motivieren ihre Bekannten, die Kinder in Spielgruppen oder Kitas zu schicken. Die Frauen gewinnen an Sicherheit und Selbstvertrauen, denn an den Kursen stehen sie im Mittelpunkt und dürfen sich selber sein.



Freudige Gesichter bei der Diplomübergabe.

Leider viele Problemfelder

Die Ausbildung Kinderbetreuerin / Spielgruppenleiterin ist leider bis heute eine Ausbildung ohne eidgenössisch anerkannten Abschluss. Das wissen die Teilnehmerinnen. Sie wissen auch, dass es daher schwierig ist, einen Arbeitsplatz zu finden. Trotzdem ist die Hoffnung da, dass sie eine feste Anstellung finden und sie sind dann enttäuscht, wenn es nicht klappt. Der Wunsch ist bei allen da, nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig zu sein. Auch verschiedene kantonale Arbeitsintegrationsstellen schicken uns Kursteilnehmerinnen mit der gleichen Hoffnung. Sie probieren die Frauen oft vorgängig in ein Praktikum in Kitas oder Schulbetreuungsangebote zu schicken. Die potentiellen Arbeitgeber*innen geben oft fehlerhaftes Deutsch, oder das Nichtverste-

hen von Schweizerdeutsch als Absagegrund an. Die Anforderungen für die Angestellten in den Kitas und Schulbetreuungen sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Eine Lehre als Fachperson Betreuung (FABE K) oder eine höhere Ausbildung in der Sozialpädagogik wird heute an den meisten Orten verlangt. Den Spielgruppen fehlt oft das nötige Geld. Der Bund will zudem, dass die Kantone sich vor allem auf die berufliche Eingliederung von jüngeren Menschen konzentrieren. Die jungen Asylbewerber*innen sollen einen anerkannten Beruf erlernen damit sie nachher nicht sozialhilfeabhängig werden. Im Grunde ein verständlicher und begrüssenswerter Weg. Trotz all dieser Schwierigkeiten – manchmal klappt es und die Frauen finden eine Anstellung, oft jedoch mit einem sehr kleinen Pensum.



Basteln des «Sockenkaspers».

Abschlussgedanken

Ich liebe die Arbeit als Kursleiterin mit diesen Frauen sehr. Die Frauen kommen gerne an die Kurse, sie sind aktiv dabei und sehr am Wissen und den Erfahrungen der Kursleiterinnen interessiert. Vieles ist für sie neu, aber viele Werte sind die gleichen. Auch ihre Eltern wollten ihnen viel fürs Leben mitgeben. Wenn sie mir erzählen, wie ihre Väter Geschichten erzählt haben, wenn sie kein Licht wegen drohenden Kriegsgefahren machen durften und die ganze Familie eng zusammenrückte, berührt mich dies immer zutiefst. Wenn sie mir zeigen, wie sie Schattenfiguren zaubern können, weil bei ihnen oft nur eine Kerze am Abend brannte, ermuntere ich sie, dies ihren Kindern weiterzugeben. Die Frauen wissen viel und es ist schade, dass sie so wenig Gelegenheit bekommen, dies beruflich weiterzugeben. Ich gebe ihnen Wertschätzung und Achtung, etwas, was sie hier so oft vermissen. Und so gibt es Situationen, wo sie mir ihre Ängste schildern. Gerade jetzt liegt über den afghanischen Frauen ein Schatten, der den Schrecken des afghanischen Volkes noch sichtbar macht. Ich hadere mit der Politik und der Gesellschaft, die den Frauen nur selten eine Chance geben, ihren Wunsch, bei Kindern zu arbeiten, zu verwirklichen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist wichtig, aber gerade bei Kindern hat die non-verbale Sprache eine ebenso grosse Bedeutung. Ich bin überzeugt, diese Frauen wären gerade in einem Team wertvolle Mitarbeiterinnen. In Luzern hat nun aus verschiedenen Gründen der letzte Kurs dieser Art begonnen. Ich wünsche diesen Frauen eine tolerantere Gesellschaft, eine Gesellschaft, wo Menschen nicht nur durch ihre erlangten Papiere eine Chance im Arbeitsmarkt erhalten, sondern dass der Wert des einzelnen Menschen wieder eine ebenso grosse Rolle spielt.



Der «Sockenkasper» in Aktion.



Die Elsa Ausbildung wird aktuell in Basel und Bern angeboten.

Die Entstehungsgeschichte des Projektes: Modulare Ausbildung zur Kinderbetreuerin / Spielgruppenleiterin in deutscher Sprache für Frauen mit Migrationshintergrund

2008 wurden wir vom Interkulturellen Frauentreff KARIBU in Zollikofen angefragt, deren Kinderbetreuung zu professionalisieren (www.karibufrauentreff.ch). Dies war der Startschuss für unsere Planung und Konzeption eines Pilotkurses zur Spielgruppenleiterin à 72 Kursstunden, welcher sich über 8 Monate erstreckte. Schon vor seiner Beendigung wurden wir mit Anfragen nach einem weiteren Kurs überhäuft. Zwei weitere Pilotkurse in Folge gaben uns die nötigen Grundlagen zur Konzeption der heutigen modularen Ausbildung. Im Rahmen eines Projektes realisierten wir mit Stiftungsbeiträgen die Modulare Ausbildung zur Kinderbetreuerin / Spielgruppenleiterin in deutscher Sprache für Frauen mit Migrationshintergrund. Das Konzept der Ausbildung entspricht in seinen Zielen und Inhalten den Ausbildungskriterien des SSLV, basierend auf dem Orientierungsrahmen FBBE CH und der Spielgruppenpädagogik der IG Spielgruppen Schweiz GmbH. Die vorhandenen Ressourcen der Kursteilnehmerinnen werden genutzt und gefördert, die erzieherischen Kompetenzen werden erweitert. Zudem werden die Grundsteine zur professionellen Mitarbeit in bestehenden Vorschulangeboten zugunsten von Kindern und Familien mit Migrationshintergrund gelegt. Mit der Ausbildung wird auch das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Kulturen gefördert. Die Ausbildung leistet einen erheblichen Beitrag zur Integration und Prävention.



Mitte Juni 2021. Das CO₂-Gesetz verworfen. Wir bitten Experten um eine Stellungnahme. Mahatma Gandhi: «Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt». Albert Einstein: «Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert». ■

1. August 2021, Bundesfeier. Stell dir vor, es ist Feuerwerk und keiner geht hin! Ganz so politisch, gesellschaftlich oder engagiert war das nicht. Es wusste einfach niemand, dass die Stadt Zug zum Nationalfeiertag eine Feuer-, Licht-, Russ- und Knallschau im Programm hatte. Auch eine Form von Überraschung. ■

Klimakiller CO₂? Nicht nur. Das Elend beginnt schon vorher. Das Methan, welches bei der Ölförderung abgefackelt wird, ist mehrfach schädlicher. ■

Corona, dritte Impfung: Moment mal! Da sind andere vorher an der Reihe. Für viele Länder ist der Impfstoff für die erste und zweite Dosis jetzt dringender. ■

Kein Geld für Radwege? Klar, Elektroautos zahlen keine Strassenbaubeiträge via Benzinollzuschlag. Parlament bitte aufwachen, Lösungen entwickeln! ■

ExxonMobil will grün werden. Für den Einkauf, die Verarbeitung und die Produktion von Treibstoffen soll ein Netto-Null-Ziel bis 2050 erreicht werden. Das ist der grüne Mantel. Aber dann: Was die Kunden mit dem so veredelten Treibstoff machen, geht uns nichts an. So geht bei denen grün. ■

Aktive junge Frauen engagieren sich auch in Genf gegen das Kopftuchverbot. Eine Muslima zeigt sich mit dem Plakat: Ne me libérez pas. Je m'en charge (Ihr müsst mich nicht «befreien». Ich kümmere mich darum). ■

Nun also reden sie Klartext, unsere Heimatschützer von FDP und Umgebung. Sie nennen ihre Anti-GSoA -Allianz «Sicherheit Schweiz». Sie werden wohl bald Kampfflugzeuge für die Cyberabwehr evaluieren. Oder sich auch noch um die Unterwäsche für Soldatinnen kümmern, weil das für Armasuisse offenbar eine grosse Herausforderung ist. ■

Unterägeri fällt zurück in die Sechziger. Die machen doch tatsächlich im Sommer 2021 Autokino mit Platz für 250 Fahrzeuge. Und Hüpfburg und weiteren Kinder-Attraktionen. ■

Hat schon jemand das nächste Fettnäpfchen für Thomas Aeschi bereitge-

stellt? Seine Balkanreise mit euphorischem Lob des dort doch viel weniger verkrampften Umgangs mit Corona, Einschränkungen und Regeln holt ihn jetzt ein. Neu verlangt er Testen der Reiserückkehrenden, bei Bedarf auch Quarantäne. Seine Freunde vom Sommer sind im Herbst schon nicht mehr seine Freunde. ■



26

Not Me – A journey with Not Vital

Montag, 11. Oktober
20 Uhr Kino Gotthard

Ein bildgewaltiges Filmesay über das bewegte Leben und reiche Werk des zeitgenössischen Schweizer Künstlers Not Vital. Es gibt Einblick in die wichtigsten Stationen des rastlosen Weltenbummlers wie Bejing, Patagonien, Niger, Sent in Graubünden oder New York und vermittelt die Sehnsüchte eines Künstlers, der aus den Bergen kam. Pascal Hofmann ist anwesend für Q&A.



Piedra Sola

Montag, 8. November
20 Uhr Kino Gotthard

Schweizer Vorpremiere: Im Hochland Argentiniens wird die Herde eines einheimischen Lamazüchters von einem unsichtbaren Puma bedroht. Auf der Suche nach dem Tier kommt es zu einem mystischen Austausch zwischen dem Hirten, seinen Ahnen und der wechselnden Form des Pumas. Der Film überzeugt mit lang nachwirkenden Bildern zwischen Fiktion, Dokumentation und Ethnographie. Regisseur Alejandro Telémaco Tarraf ist anwesend für Q&A.



Je ne te voyais pas

Montag, 13. Dezember
20 Uhr Kino Gotthard

Straftäter sehen ihre Opfer häufig nur als Mittel zum Zweck und entwickeln wenig echte Reue oder Empathie. Das ändert sich, sobald sie ihre Opfer näher kennen lernen. Restaurative Justiz bietet diese Möglichkeit als Ergänzung zum herkömmlichen Strafverfahren. Opfer finden in die Normalität zurück und Täter werden seltener rückfällig. Der Film begleitet Menschen bei diesem Prozess. Geballte Ehrlichkeit und tiefe Emotionen lassen erstmals Hoffnung auf ein geheiltes Leben aufkommen. François Kohler ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug



Mittwoch, 6. Oktober 2021

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug

Gute Gespräche und feines Essen.

Ab 18.30 Uhr

Mittwoch, 3. November 2021

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug

Gute Gespräche und feines Essen.

Ab 18.30 Uhr

Mittwoch, 1. Dezember 2021

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug

Gute Gespräche und feines Essen.

Ab 18.30 Uhr

Tagesaktuelle Übersicht der Veranstaltungen finden Sie unter: gruene-zug.ch/event

LeserInnenmeinung

Das BULLETIN ist auch eine Plattform für Briefe, Kommentare, Meinungen von Leserinnen und Lesern.

Ganz einfach: Mail an bulletin_redaktion@bluewin.ch

Wir freuen uns auf Zuschriften!



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Delia Meier & Matúš Bielik
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen
BULLETIN Nr. 3, 18.9.2021 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi, Luzian Franzini, Hansjörg Glauser, Hansruedi Küttel, Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
Trix Gubser, Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Junge Grünen erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2021:
Freitag, 19. November 2021

Erscheinungsdatum
Samstag, 11. Dezember 2021

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

